

Deutschland, wir haben ein Problem!

Von Heiko Teggatz, stellvertretender DPoIG-Bundesvorsitzender

Eine Fortschrittskoalition sollte es sein, als die Bundesregierung ihren Koalitionsvertrag vorgestellt hat. Mit großer Motivation und vielen Versprechungen wollte die Ampelkoalition Deutschland verändern. In der Tat. Deutschland hat sich verändert. Sicherheitspolitisch wird es vermutlich keine komplette Legislaturperiode dauern, um die Schulnoten mangelhaft bis ungenügend zu vergeben. Auch wirtschafts- und außenpolitisch sieht es nicht besser aus. Blicken wir einmal auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in unserem Land.

Während irgendwelche Klimachaoten, die noch vor einigen Monaten durch teils schwere Straftaten versucht haben, die Bundesregierung zu nötigen, Gesetze zu verabschieden, solidarisieren sich diese derzeit mit offenkundig linksextremen Gruppierungen im Kampf gegen rechts.

Während Landwirte, Spediteure und mittelständische Unternehmen gegen geplante Sparmaßnahmen der Bundesregierung protestieren, welche teilweise die Existenzen derer bedrohen, die dieses Land am Laufen halten, wird denen unterstellt, sie wären von rechts unterwandert.

»Warum legt die verantwortliche Bundesinnenministerin keine Aktionspläne gegen Linksextremismus oder islamistischen Extremismus vor und nennt das Kind beim Namen? Genau hier müsste Politik Verantwortung übernehmen, aber genau hier duckt sich die Politik weg. Sicherheitspolitisch eine Bankrotterklärung.«

Heiko Teggatz,
stellvertretender DPoIG-Bundesvorsitzender

Richten wir unseren Blick einmal auf den völlig berechtigten Kampf gegen Rechtsextremismus, den diese Bundesregierung höchst akribisch vorantreibt. Im Februar hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ihren 13-Punkte-Plan „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen – Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen“ vorgestellt. Ein schärferes Waffenrecht, eine Befugnis, Konten einzufrieren und eine „Früherkennungseinheit“ sind nur einige Maßnahmen, die dieses Paket beinhaltet. Weiter soll der Verfassungsschutz mit mehr Befugnissen ausgestattet und das Bundesdisziplinargesetz geändert werden, um Verfassungsfeinde schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen zu können. Alles Dinge, die bereits seit Jahren diskutiert werden. Wo bleibt aber die klare Absichtserklärung, auch andere, nicht weniger gefährliche Formen von Extremismus bekämpfen zu wollen?



Spätestens seit den regelmäßig auf deutschen Straßen öffentlich stattfindenden „Anti-Israel“-Demonstrationen, welche nicht selten von bekennenden propalästinensischen Antisemiten geplant und organisiert werden, dürfte jedem klar sein, dass Antisemitismus kein ausschließlich „rechts“ zu verortendes Problem ist. Ganz im Gegenteil. Diese Art von Antisemitismus lässt sich eindeutig dem islamistischen Extremismus zuordnen. Bleiben wir in Berlin. Ganz offensichtlich bietet Berlin linksextremistischen, ehemaligen RAF-Terroristen eine Möglichkeit, über mehr als 20 Jahre unentdeckt von Polizei und Justiz zu leben. Woran liegt das? Könnte es sein, dass es gerade in der Hauptstadt nach wie vor eine relativ große Unterstützergemeinschaft linksextremistischer Aktivitäten gibt?

Wie kann es sein, dass Journalisten mit einer frei zugänglichen KI in der Lage sind, jahrzehntealte Fahndungsfotos von Terroristen in den aktuellen Social-Media-Kanälen abzugleichen und möglicherweise sogar Fahndungstreffer zu erzielen, während den Ermittlungsbehörden in Bund und Ländern nach wie vor entsprechende Befugnisse fehlen? Wer Gesichts- und anonymisierte Verhaltenserkennung mittels videounterstützter Fahndung auf Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen politisch verhindert, handelt verantwortungslos und gefährdet die Sicherheit der in Deutschland lebenden Menschen. Gleiches gilt für diejenigen, die aus parteiideologischen Gründen lieber die Polizei unter Generalverdacht stellen, anstatt diese mit ausreichender Technik und modernen Präventivbefugnissen auszustatten. Solange der Datenschutz vor dem Opferschutz steht, Misstrauen anstatt Wertschätzung der Polizei gegenüber vorherrscht und Einschränkungen anstatt Befugnisse den Weg in die Gesetze finden, hat Deutschland in der Tat ein Problem – nämlich ein sicherheitspolitisches.